

Rechenschaftsbericht Juni

Bedingt durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, blieb die Arbeit des Referats für Hochschulpolitik auch in diesem Monat weitestgehend digital.

Im Ausschuss für politische Bildung (PolBiL) des freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) wurden insbesondere Themen besprochen, die für eine Mitgliederversammlung typisch sind. Zudem kam die Idee für die Einrichtung eines Wahl-O-Maten zur nahenden Bundestagswahl auf. Im Finanzausschuss wurde der Haushaltsplan besprochen. Durch höhere Entschädigung und damit einhergehend mehr Vorstands-typische Arbeit für Referent*innen ist es unsere Idee die Referent*innen stärker für das Amt vorzubereiten, da sich zu wenige den Vorstandsposten vorstellen können. Die nächste MV des fzs wird am 07.08. vermutlich in Frankfurt in Präsenz stattfinden.

Am 26.06. fand im Rahmen der BAföG-Kampagne des fzs ein Aktionstag statt. Gemeinsam mit dem Sozialreferat haben wir in der Stadt Sticker und an die Alte VHS ein Banner der Kampagne angebracht. Zudem haben wir gemeinsam mit der Social-Media-Stelle des Öffentlichkeitsreferates den Aktionstag in Bonn und in anderen Städten begleitet und wiederholt auf die Petition der Kampagne aufmerksam gemacht.

Auf dem LAT (Landes-Asten-Treffen) wurde der Haushalt relativ einstimmig beschlossen. Außerdem wurde über die Durchführung von Präsenzveranstaltungen im kommenden Wintersemester in den verschiedenen Städten gesprochen. Es verläuft sehr unterschiedlich und insgesamt chaotisch.

Das festival contre le racisme (fclr) hatte am 15.07. seine letzte Veranstaltung für dieses Jahr. Von den 8 geplanten Veranstaltungen musste einer gesundheitsbedingt ausfallen und einer aufgrund von Überschneidung mit der Fußball-EM verschoben werden. Insgesamt verlief es dieses Jahr gut, wobei einige wenige Veranstaltungen nicht so stark besucht waren, was vermutlich auf den Überdruß von Online-Veranstaltungen zurückzuführen ist. In naher Zukunft ist eine Reflexionsrunde geplant, zu der Außenstehende, als auch Menschen, die bei der Planung beteiligt waren, eingeladen sind.

Im Bonner Bündnis gegen Rechts (BBgR) wurde viel Arbeit gegen das von der Landesregierung geplante Versammlungsgesetz geleistet. Es wurden Texte geschrieben und veröffentlicht und zu Demos aufgerufen und gemeinsam an diesen teilgenommen. Zum ersten mal seit langem konnte das Bündnis ein Präsenz-Plenum durchführen. Dort wurde die Arbeit um die nahende Bundestagswahl, insbesondere gegen die AfD, geplant. Dazu werden momentan Flyer erstellt und verteilt. Vom Referat wurden Bierdeckel bestellt, die Werbung für das Bündnis und den AStA machen, und in nächster Zeit in den Kneipen Bonns verteilt werden sollen. Der geplante Podcast über Antifaschismus konnte noch nicht gestartet werden, da die zeitlichen Kapazitäten Interessierter nicht gegeben ist.

Die Podiumsdiskussion wird über Insta-Live stattfinden. Die Kandidierenden zur Bundestagswahl werden dort von verschiedenen Interviewer*innen befragt. Hier suchen wir noch nach geeigneten Menschen, da wir davon absehen möchten, dass Mitglieder der eigenen Partei interviewt werden und so die Neutralität wahren möchten.

Bei der Beratung nimmt die Anzahl von Anfragen zu, ist aber noch nicht an ihrem Hochpunkt angelangt. Die Anfragen waren inhaltlich vielseitig. Unter anderem wurde sich darüber beschwert, dass die Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) erst um 10 Uhr öffnet, was für viele Studierende in ihren Prüfungsphasen zu spät ist.

Mit freundlichen Grüßen,



Ken Alan Berkpinar (Referent für Hochschulpolitik)